

II-9735 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4846 1J

1990 -01- 2 3

A N F R A G E

des Abgeordneten Wabl und Freunde
an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Müllverbrennungsanlagen

Aufgrund der dramatischen Situation auf dem Müllsektor sind verschiedene Bemühungen im Gange, auch die Elektrizitätsunternehmen in das Müllgeschäft einzubinden (Aussagen dazu: BM Schüssel, Fremuth).

Das Umweltministerium verweist auf einen Sondermüllanfall von ca. 250.000 Tonnen pro Jahr. Davon können in den Öfen der Entsorgungsbetriebe Simmering nur 50.000 verbrannt werden. Ein effizientes Anlagenrecht oder Abfallwirtschaftsgesetz, das bereits Industrie und Gewerbe dazu zwingt, Problemstoffe schon im Produktionsverfahren zu vermeiden oder wieder einzubinden, ist nicht in Sicht. 100.000 Tonnen werden außer Landes gebracht, 100.000 fehlen in dieser Rechnung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Für welche Standorte werden bereits konkrete Planungen durchgeführt (Gesamtösterreich)?
2. Werden an bereits bestehenden kalorischen Kraftwerken Umbauarbeiten zum Zwecke von Müllverbrennung durchgeführt?
3. Werden Bauarbeiten zur Errichtung von Verbrennungsanlagen an vollkommen neuen Standorten durchgeführt?
4. Stimmt es, daß das kalorische Kraftwerk Werndorf in der Steiermark bereits für den Zweck der Müllverbrennung umgebaut wird?

- 2 -

5. Welche Bauarbeiten werden am Block 1 und am Block 2 (Wern-dorf) durchgeführt?
6. Wie ist die prozentuelle Aufteilung der Anteile von 100.000 Tonnen Sondermüll, welcher ins Ausland verschoben wird, auf die einzelnen Länder?
7. Ist das angegebene Land, in welches der Sondermüll transportiert wird, auch tatsächlich der Endpunkt?
8. Welche Vermutungen oder welche Gewißheit haben Sie über die Behandlung (Verbrennung, Lagerung, Aufbereitung / Versenkung im Meer) des exportierten Sondermülls?
9. Welche Vermutung oder Gewißheit haben Sie über den Verbleib der 100.000 Tonnen Sondermüll, die in der Rechnung des Umweltministeriums fehlen.